

# Die „Ansbacher Erklärung“ stieß auf bundesweite Resonanz

Die Ansbacher Erklärung: 721 Bürger vorwiegend aus Ansbach und etliche aus dem Landkreis, einige auch aus dem Ballungsraum Nürnberg/Fürth haben letztlich ihr Ja-Wort zu unserem Anliegen gegeben, das sich so umschreiben lässt: Es war der Versuch, Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion dazu zu bewegen, ein gemeinsames – und darauf liegt die Betonung – also ein gemeinsames Bekenntnis zu einem friedlichen Miteinander, zu Toleranz und gegenseitiger Achtung abzulegen.

Ziel war es also, einen virtuellen internationalen, interkulturellen und interreligiösen Chor zusammenbringen, der trotz der Irritationen, die durch den terroristischen Anschlag vom 26. Juli entstanden, trotz der danach einsetzenden rechtspopulistischen und –extremistischen Agitation in dieser Stadt Ja sagten zu einem uneingeschränkt friedlichen Zusammenleben aller Menschen hier in dieser Region. Das also – zur Erinnerung – war der Ausgangspunkt zwei Tage nach dem Anschlag in der Ansbacher Altstadt.

Allerdings hatten wir vom Organisations-Team uns den Ablauf dieses demonstrativen Aktes ganz anders vorgestellt, als er dann ablief: Wir regten wenige Tage nach dem Anschlag in Schreiben an die Frau Oberbürgermeisterin und an die Vorsitzende des Ansbacher Integrationsbeirats an, umgehend einen groß angelegten „runden Tisch“ einzuberufen, dem Bürger aus möglichst vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens angehören: Vertreter der Religionsgemeinschaften, der Kultur, der Politik, des Sports, der Gewerkschaften, der Menschen mit ausländischen Wurzeln usw. Diese Gruppierung am Runden Tisch sollte als gesellschaftspolitisch vielfältige und überregional vernehmbare Stimme Ansbachs eine „Ansbacher Erklärung“ verfassen, in dem Sinn, wie wir sie dann später publiziert haben.

Wir haben dabei angeboten, die Federführung der Aktion zu übernehmen, haben es aber für unerlässlich gehalten, die Adressen- und Kontakt-Infrastruktur des Integrationsbeirats zu nutzen, um vor allem auch an die relevanten Bürger ausländischer Herkunft zu kommen und sie einzubeziehen. Leider haben wir weder von Frau Oberbürgermeisterin Seidel noch von der

Beiratsvorsitzenden Wiegel je eine Antwort auf dieses und ein weiteres, nachfassendes Schreiben erhalten. Frau Savchenko, ihr sei herzlich gedankt für die Unterstützung, die sie als Integrationsbeauftragte später in die Aktion einbrachte, teilte uns zu diesem Zeitpunkt nur sinngemäß mit, dass alle noch schockiert sind.

Daraufhin haben wir dann den Plan B entworfen und verwirklicht: Die Ja-Wort-Aktion, die wir bewusst so angelegt haben, dass die Teilnehmer per E-Mail oder Briefpost antworten sollten. Wir wollten ganz bewusst nicht auf die Straße oder zu relevanten Veranstaltungen gehen und aufdringlich Unterschriften sammeln, sondern die Menschen dazu bewegen, aus eigenem Antrieb ein wenig aktiv zu werden für diese wichtige Sache. In 721 Fällen, wie erwähnt, ist uns das schließlich gelungen.

Die Auswertung der Zusendung war wirklich beeindruckend: Weit, weit überwiegend gaben - ich finde jetzt keine bessere Beschreibung – ganz normale Bürger ihr Ja-Wort, Menschen aus der Mitte unserer Gesellschaft, unserer Stadt, unseres Landkreises, unserer Region. Hausgemeinschaften taten sich zusammen (wie die Absender-Adresse verdeutlichten), private Freundeskreise, Teilnehmer an Veranstaltungen, Flüchtlingsgruppen und Flüchtlingshelfer, Landsmannschaften, Vertreter von unterschiedlichen Religionen, sehr viele Ehepaare und ganze Familien, auch solche mit ausländischen Wurzeln und natürlich viele, viele Einzelpersonen schickten ihr Ja-Wort. Und wir sind ein wenig stolz darauf, dass es tatsächlich gelang, einen internationalen, interkulturellen und interreligiösen Kreis zu mobilisieren, um ein deutliches Bekenntnis zum friedlichen Miteinander abzulegen.

Unter den Einsendern befanden sich, wie Sie sicher aus der Zeitung wissen, auch viele namhafte Bürger der Stadt und der Region. Natürlich empfanden wir es als einen wunderbaren Akt der Solidarität, dass der Oberbürgermeister unserer großen Nachbarstadt Nürnberg, Dr. Ulrich Maly, Vizepräsident des Deutschen Städtetags, mit als einer der Ersten sein Ja-Wort zu unserem Anliegen gab. Wir hatten gehofft und es uns gewünscht, dass wir neben seinem Namen den unserer Oberbürgermeisterin als Unterstützerin unseres Rufs nach Toleranz und gegenseitiger menschlicher Achtung hätten setzen und veröffentlichen können. Mehr mag ich dazu nicht sagen.

Ähnlich stellt sich die Situation im Blick auf den Ansbacher Integrationsbeirat dar. So übermittelte wohl die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migrantinnen- und Integrationsbeiräte Bayerns, Mitra Sharifi Neystanak, ihr „Ja-Wort für Menschenwürde in der Ansbacher Erklärung“, aber nicht die Vorsitzende des Integrationsbeirats der Stadt Ansbach, Villy Wiegel. Mit ihr hielten sich auch die gewählten Mitglieder dieses Gremiums auffällig geschlossen zurück, im Gegensatz zu den delegierten Integrationsbeiräten und natürlich im Gegensatz zur Integrationsbeauftragten, Frau Savchenko. Ich möchte auch dieses hier nicht kommentieren, aber als bedenkenswerte und bemerkenswerte Besonderheit in den Raum stellen. Zusammenfassend sei festgestellt: Es wäre einfach ein wertvolles und aussagekräftiges Zeichen in Sinn eines Wir-Gefühls gewesen, wenn sich die Stadt Ansbach, wenigstens deutlich vertreten durch den Integrationsbeirat, offiziell hinter unser Bekenntnis zum integrativen Miteinander gestellt hätte.

Es sei noch erwähnt, dass viele bedeutende Medien in Bayern und sogar bundesweit über die „Ansbacher Erklärung“ berichtet haben. Und dass durch die in E-Mails und Briefen übersandten Ja-Worte viele neue Kontakte zwischen der Bürgerbewegung und den Mitbürgern in Stadt und Landkreis Ansbach entstanden. Nicht zuletzt deshalb ist der Kreis unserer Unterstützer und interessierten Freunde innerhalb weniger Wochen um rund 100 Prozent gewachsen.

Noch erheblich wichtiger ist aber, dass wir viel öffentliche Aufmerksamkeit für unser Grundanliegen erhalten, viele Menschen angesprochen und motiviert und damit einen Beitrag zur Aufarbeitung des schlimmen Geschehens vom 26. Juli geleistet haben. Das ist uns von vielen Bürgern aus Stadt und Landkreis Ansbach und sogar weit darüber hinaus bestätigt worden. Ein Mann aus Nürnberg hat uns gemailt: Ihr habt Eurer Stadt damit einen wichtigen Dienst erwiesen. Ich hoffe, Sie sehen das auch so.